



Gemeinde Hohe Börde

Entgeltordnung der Gemeinde Hohe Börde für die Niederschlagswasserbeseitigung

Aufgrund des §45 Abs. 2 Nr. 6 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 17.06.2014 (GVBl. S. 288) hat der Gemeinderat der Gemeinde Hohe Börde in seiner Sitzung am **03.11.2015** die folgende Entgeltordnung der Gemeinde Hohe Börde für die Niederschlagswasserbeseitigung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

- (1) Die Gemeinde Hohe Börde betreibt nach Maßgabe der Satzung über die Niederschlagswasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigungsanlage der Gemeinde Hohe Börde (Niederschlagswasserbeseitigungssatzung) zur Entsorgung des in ihrem Entsorgungsgebiet anfallenden Niederschlagswassers Niederschlagswasserbeseitigungsanlagen und Grundstücksanschlüsse als eine öffentliche Einrichtung. Ausgenommen hiervon ist der Ortsteil Niederndodeleben, für welchen dem WWAZ die Aufgabe der Niederschlagswasserentsorgung übertragen worden ist.
- (2) Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe der Niederschlagswasserbeseitigung ist im Einzelnen in der Niederschlagswasserbeseitigungssatzung der Gemeinde Hohe Börde geregelt. Sie liegt dieser Entgeltordnung zugrunde.
- (3) Die Gemeinde Hohe Börde vereinnahmt auf der Grundlage eines privatrechtlichen Benutzungsvertrages für die Niederschlagswasserbeseitigung Entgelte nach Maßgabe der Bedingungen dieser Entgeltordnung.

§ 2

Vertragsschluss für die Niederschlagswasserbeseitigung

- (1) Der Vertrag über die Benutzung der öffentlichen zentralen Niederschlagswasserbeseitigungsanlage kommt mit Vorliegen des durch beide Vertragsparteien (Gemeinde Hohe Börde und Anschlussnehmer) unterzeichneten Vertrages zustande.

Im Übrigen kommt der Vertrag durch die Inanspruchnahme der öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigungsanlage zustande, soweit die Gemeinde Hohe Börde nach Kenntnis der Inanspruchnahme der öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigungsanlage nicht innerhalb von drei Monaten widerspricht. Die Entgeltordnung wird Vertragsbestandteil.

- (2) Die Gemeinde Hohe Börde ist verpflichtet, bei Vertragsschluss sowie im Übrigen auf Verlangen, die dem Benutzungsvertrag zugrunde liegende Entgeltordnung für die Niederschlagswasserbeseitigung unentgeltlich auszuhändigen.
- (3) Vertragspartner der Gemeinde Hohe Börde für die Benutzung der Niederschlagswasseranlage ist der Grundstückseigentümer des anzuschließenden Grundstückes, Erbbauberechtigte oder ähnlich zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte (Anschlussnehmer). Steht das Eigentum, das Erbbaurecht oder die dingliche Nutzungsberechtigung an dem Grundstück mehreren Personen gemeinschaftlich zu (z.B. Gesamthauseigentum und Miteigentum nach Bruchteilen), haften diese als Gesamtschuldner.
- (4) Tritt an die Stelle eines Anschlussnehmers eine Wohnungseigentümergeinschaft im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, so wird der Benutzungsvertrag mit der Wohnungseigentümergeinschaft abgeschlossen. Jeder Wohnungseigentümer haftet der Gemeinde Hohe Börde nach dem Verhältnis seines Miteigentumsanteils für Verbindlichkeiten der Wohnungseigentümergeinschaft, die während seiner Zugehörigkeit zur Wohnungseigentümergeinschaft entstanden oder während dieses Zeitraums fällig geworden sind.
- (5) Für die Haftung nach Veräußerung des Wohnungseigentums ist § 160 des Handelsgesetzbuches (HGB) entsprechend anzuwenden. Die Wohnungseigentümergeinschaft verpflichtet sich, einen Verwalter oder sonstigen Vertreter zum Empfang von Erklärungen der Gemeinde Hohe Börde zu benennen und personelle Änderungen, welche die Haftung der Wohnungseigentümer berühren, der Gemeinde Hohe Börde unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Wird ein Vertreter nicht benannt, so ist die an einen Wohnungseigentümer abgegebene Erklärung der Gemeinde Hohe Börde gegenüber der Wohnungseigentümergeinschaft rechtswirksam.

§ 3

Grundstücksanschlüsse und Kostenerstattung

- (1) Grundstücksanschlüsse sind Bestandteil der öffentlichen Einrichtung der Niederschlagswasserbeseitigung.

- (2) Grundstücksanschlüsse sind die Leitungen vom Sammelkanal bis zur Grundstücksgrenze. Ist der genaue Verlauf der Grundstücksgrenze nicht bekannt oder weicht der örtliche Verlauf von der im Liegenschaftskataster nachgewiesenen Grundstücksgrenze ab, endet die Anschlussleitung an einer zwischen der Gemeinde und dem Grundstückseigentümer vereinbarten Übergabestelle (vgl. § 2 Abs. 4 der Niederschlagswasserbeseitigungssatzung).
- (3) Im Zuge der Herstellung, Erweiterung und Erneuerung einer öffentlichen Einrichtung zur Niederschlagswasserbeseitigung, an welche Grundstücke angeschlossen werden sollen, verlegt die Gemeinde oder ein von ihr beauftragter Unternehmer den Grundstücksanschluss.
- (4) Für den Anschluss eines Grundstücks an eine vorhandene öffentliche Einrichtung bedarf es einer Genehmigung durch die Gemeinde. Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die laufende Unterhaltung und die Beseitigung von Grundstücksanschlussleitungen bis zur Grundstücksgrenze bzw. bis zur vereinbarten Übergabestelle führt die Gemeinde selbst aus oder ein von ihr beauftragter Unternehmer.
- (5) Die Anschlussnehmer haben der Gemeinde Hohe Börde die Kosten für den Grundstücksanschluss zu erstatten. Anschlussnehmer sind die in § 2 dieser Entgeltordnung bestimmten Personen. Die Gemeinde Hohe Börde legt den Anschlussnehmern Rechnung für die tatsächlichen Kosten für die Herstellung bzw. für die Veränderung oder Beseitigung des Grundstücksanschlusses.
- (6) Die §§ 6 und 8 Abs. 1 und 2 sowie die §§ 9, 10, 11, 12 und 14 dieser Entgeltordnung gelten entsprechend.

§ 4

Bemessung des Niederschlagswasserentgeltes

- (1) Für die Benutzung der öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigungsanlage ist ein Niederschlagswasserentgelt zu entrichten. Die Verpflichtung zur Zahlung des Niederschlagswasserentgeltes entsteht mit dem Tage der Inbetriebnahme des Grundstücksanschlusses oder des Beginns der sonstigen Nutzung der öffentlichen Niederschlagswasseranlage und endet mit dem Ablauf des Tages, an dem der Grundstücksanschlusskanal geschlossen oder beseitigt worden ist oder die Nutzung der öffentlichen Niederschlagswasseranlage auf andere Weise nachweislich beendet worden ist.
- (2) Das Niederschlagswasserentgelt bemisst sich nach der bebauten und anderweitig befestigten Grundstücksfläche, von der Niederschlagswasser in die öffentliche Niederschlagswasserbeseitigungsanlage gelangt (angeschlossene versiegelte Grundstücksfläche).
Berechnungseinheit für das Niederschlagswasserentgelt ist ein Quadratmeter (m²) der angeschlossenen versiegelten Grundstücksfläche.

Lückenlos begrünte Dächer werden bei der Entgeltbemessung nur mit der Hälfte der bebauten/überbauten Grundstücksfläche angesetzt.

Für die Jahre 2015 bis 2017 beträgt für die Ortschaften der Gemeinde Hohe Börde, ausgenommen die Ortschaft Niederndodeleben

**die Benutzungsgebühr (Entgelt) je m² anrechenbarer Anschlussfläche
0,29 €/Jahr**

- (3) Für eine angeschlossene versiegelte Grundstücksfläche von weniger als 5 m² ist kein Niederschlagswasserentgelt zu entrichten.
- (4) Bei der Berechnung des Niederschlagswasserentgeltes wird die angeschlossene Grundstücksfläche mit dem Abflussbeiwert nach der Art der Oberfläche multipliziert (anrechenbare Abflussfläche).
Dabei kommen folgende Abflussbeiwerte zum Ansatz:

<u>Art der Oberfläche</u>	<u>Abflussbeiwert</u>
Dachflächen	1,0
Beton/Asphaltdecken	1,0
Pflaster mit Fugenverguss	1,0
Pflaster ohne Fugenverguss	0,9
Schotterdeckenschichten	0,5

- (5) Als bebaute Fläche gilt die Fläche, die von den zum Grundstück gehörenden Gebäuden überdeckt wird (einschließlich Dachüberstände, z.B. Wohn- und Geschäftshäuser, Fabriken, Lager, Werkstätten, Garagen und Andere).
- (6) Zu den befestigten Flächen zählen – soweit nicht in den überbauten Flächen enthalten – u.a. Hofflächen, Terrassen, Kellerausgangstreppen, Wege, Stell- und Parkplätze, Rampen, Zufahrten und andere mit Oberfläche aus Asphalt, Beton, Pflaster oder anderen wasserundurchlässigen bzw. geringfügig wasserdurchlässigen Materialien.
- (7) Die Grundstücksflächen gelten als angeschlossen, wenn das Niederschlagswasser
- über einen auf dem Grundstück befindlichen Anschluss direkt der öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigungsanlage zugeführt wird (unmittelbarer Anschluss),
 - über einen auf dem Grundstück befindlichen Anschluss einer im fremden Eigentum stehenden Niederschlagswasseranschlussleitung in die öffentliche Niederschlagswasserbeseitigungsanlage gelangt (mittelbarer Anschluss) oder

- c) von befestigten Flächen aufgrund deren Gefälle über befestigte Nachbargrundstücke, insbesondere Straßen, in die öffentliche Niederschlagswasserbeseitigungsanlagen in Kenntnis und mit Willen des Grundstückseigentümers oder Nutzungsberechtigten abfließt (tatsächlicher Anschluss).
- (8) Veränderungen der zur Entgeltbestimmung führenden Tatbestände sind der Gemeinde Hohe Börde unverzüglich nach deren Eintreten durch den Anschlussnehmer schriftlich anzuzeigen.
- (9) Wird Niederschlagswasser als Brauchwasser für eigene Versorgungszwecke gesammelt, um es als Schmutzwasser der öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlage zuzuführen, muss die Bemessungsgrundlage für das Niederschlagswasserentgelt auf Antrag des Anschlussnehmers entsprechend nach dem nachgewiesenen Verbrauch gemindert werden.

§ 5

Jahresentgelt

- (1) Entrichtungszeitraum für das Entgelt ist das Kalenderjahr. Entsteht die Verpflichtung zur Zahlung des Entgeltes im Laufe des Kalenderjahres, ist der Restteil des Jahres Entrichtungszeitraum. In diesem Fall wird die Jahresgebühr für jeden vollen Monat mit 1/12 berechnet. Angefangene Monate bleiben außer Ansatz.
- (2) Das Niederschlagswasserentgelt für das Einleiten von Niederschlagswasser entsteht als Jahresentgelt nach dem Ablauf des Kalenderjahres.
- (3) Das Jahresentgelt berechnet sich nach der angeschlossenen Grundstücksfläche, die jeweils am 01.01. des Entrichtungszeitraumes vorhanden ist. Wird ein Grundstück im Laufe des Entrichtungszeitraumes entgeltspflichtig, richtet sich die Höhe des Entgeltes nach der angeschlossenen Grundstücksfläche, die zum 01. des auf die erstmalige Inanspruchnahme der öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigungsanlage folgenden Monats vorhanden ist.

§ 6

Rechnungslegung und Fälligkeit

Das Niederschlagswasserentgelt wird nach dem Entstehen der Entgeltforderung von der Gemeinde Hohe Börde in Rechnung gestellt. Das Entgelt wird 30 Tage nach Bekanntgabe der Rechnung fällig.

§ 7

Abschlagszahlungen

- (1) Die Gemeinde Hohe Börde kann insb. zu Beginn des Kalenderjahres Abschlagszahlungen verlangen.

Die Abschlagszahlung bemisst sich grundsätzlich nach den Verhältnissen des Niederschlagswasserentgeltes im zuletzt abgerechneten Zeitraum. Ist eine solche Bemessung nicht möglich, bemisst sich die Abschlagszahlung nach dem durchschnittlichen Niederschlagswasserentgelt für vergleichbare Anschlussnehmer. § 6 gilt entsprechend.

- (2) Ergibt sich bei der Abrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen verlangt wurden, ist der übersteigende Betrag unverzüglich zu erstatten, spätestens aber mit der nächsten Abschlagsforderung zu verrechnen.

§ 8

Vorauszahlungen

- (1) Die Gemeinde Hohe Börde ist berechtigt, für die Niederschlagswasserentsorgung eines Abrechnungszeitraumes Vorauszahlungen zu verlangen, wenn nach den Umständen des Einzelfalles zu besorgen ist, dass der Anschlussnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt.
- (2) Die Vorauszahlung bemisst sich nach dem Niederschlagswasserentgelt des vorhergehenden Abrechnungszeitraumes oder dem durchschnittlichen Entgelt vergleichbarer Anschlussnehmer.
- (3) Unter den Voraussetzungen des Absatz 1 kann die Gemeinde Hohe Börde auch für die Erstellung oder Änderung des Grundstücksanschlusses Vorauszahlungen in Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten verlangen.

§ 9

Sicherheitsleistungen

- (1) Ist der Anschlussnehmer zu Vorauszahlungen nicht in der Lage, kann die Gemeinde Hohe Börde in angemessener Höhe Sicherheitsleistung verlangen.
- (2) Barsicherheiten werden zum jeweils verkehrsüblichen Zinssatz verzinst.
- (3) Ist der Anschlussnehmer in Verzug und kommt er nach erneuter Zahlungsaufforderung nicht unverzüglich seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis nach, kann sich die Gemeinde Hohe Börde aus den Sicherheitsleistungen bedienen. Hierauf wird in der Zahlungsaufforderung hingewiesen.
- (4) Die Sicherheit wird zurückgegeben, wenn ihre Voraussetzungen weggefallen sind.

§ 10

Zahlungsverzug

Bei Zahlungsverzug des Anschlussnehmers hat dieser neben Verzugszinsen auch die weiteren Kosten (z.B. Mahnkosten) zu zahlen. Die Mahngebühr beträgt 5,00 Euro pro Mahnung.

§ 11

Zahlungsverweigerung

Einwände gegen Rechnungen und Abschlagsrechnungen berechtigen zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung nur, soweit sich aus den Umständen ergibt, dass offensichtliche Fehler vorliegen und wenn der Zahlungsaufschub oder die Zahlungsverweigerung innerhalb von 2 Jahren nach Zugang der fehlerhaften Rechnung oder Abschlagszahlung geltend gemacht wird.

§ 12

Aufrechnung

Gegen Ansprüche der Gemeinde Hohe Börde kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.

§ 13

Entgeltschuldner

- (1) Entgeltschuldner ist der Anschlussnehmer. Mehrere Anschlussnehmer haften als Gesamtschuldner entsprechend § 2 dieser Entgeltordnung.
- (2) Ein Eigentumswechsel sowie der Wechsel des gesetzlichen Vertreters oder des Bevollmächtigten des Eigentümers ist der Gemeinde Hohe Börde binnen 2 Wochen schriftlich anzuzeigen.
- (3) Bei Grundstücksveräußerung haftet auch der Veräußerer für die Entgeltforderung, die in der Zeit nach der Veräußerung bis zu dem Zeitpunkt entsteht, zu dem die Gemeinde Hohe Börde von dem Eigentumswechsel Kenntnis erhalten hat.
- (4) Im Falle des Wechsels des Entgeltschuldners ist der neue Entgeltschuldner zu Beginn des Monats entgeltpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung folgt. Der Wechsel des Entgeltschuldners ist der Gemeinde Hohe Börde unverzüglich anzuzeigen und entsprechend nachzuweisen.

§ 14

Ablehnung der Niederschlagswasserbeseitigung

Die Gemeinde Hohe Börde ist berechtigt, die Niederschlagswasserbeseitigung zu verweigern, wenn für den Anschlussnehmer kein Anschluss- und Benutzungszwang gemäß der Niederschlagswasserbeseitigungssatzung besteht und der Anschlussnehmer die Entgeltrechnung trotz Mahnung nicht beglichen hat, die Verweigerung angedroht wurde und nicht unverhältnismäßig ist oder das Vertragsverhältnis mit dem Anschlussnehmer gekündigt worden ist. Besteht eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen oder die Niederschlagswasserbeseitigungsanlage, kann die Beseitigung ebenfalls eingestellt werden.

§ 15

Dauer des Vertragsverhältnisses

- (1) Das Vertragsverhältnis kann durch den Anschlussnehmer mit einer Frist von einem Monat auf das Ende des Kalendermonats gekündigt werden, wenn für ihn kein Anschluss- und Benutzungszwang gem. der Niederschlagswasserentsorgungssatzung besteht.
- (2) Das Vertragsverhältnis kann durch die Gemeinde Hohe Börde mit einer Frist von einem Monat auf das Ende des Kalendermonats gekündigt werden, wenn für den Anschlussnehmer kein Anschluss- und Benutzungszwang gem. der Niederschlagswasserbeseitigungssatzung besteht.
- (3) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 16

Haftung

- (1) Die Gemeinde Hohe Börde haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden. Sie haftet auch nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass die vorgeschriebenen Rückstausicherungen nicht vorhanden sind oder nicht ordnungsgemäß funktionieren. Ebenfalls haftet sie nicht für Schäden, die durch Betriebsstörung oder Außerbetriebsetzung der öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigungsanlage entstehen, es sei denn, dass Beauftragte der Gemeinde Hohe Börde ohne betriebliche Notwendigkeit diese Störung vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht haben.
- (2) Wer den Vorschriften der Niederschlagswasserbeseitigungssatzung zuwiderhandelt, haftet der Gemeinde Hohe Börde für alle ihr dadurch entstehenden Schäden und Nachteile.
Dasselbe gilt für Schäden und Nachteile, die durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage verursacht werden. Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

- (3) Entstehen durch unbefugte Benutzung oder Maßnahmen an der öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigungsanlage Schäden, aus denen sich Ansprüche Dritter gegen die Gemeinde Hohe Börde ergeben, hat der Ersatzpflichtige die Gemeinde Hohe Börde von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen.

§ 17

Änderungsklausel

- (1) Die Entgeltordnung wird nach den Bekanntmachungsvorschriften der Hauptsatzung der Gemeinde Hohe Börde öffentlich bekannt gemacht.
- (2) Die Gemeinde Hohe Börde ist berechtigt, durch öffentliche Bekanntgabe die Entgeltordnung zu ändern oder zu ergänzen. Damit gilt sie als zugegangen und ist Vertragsbestandteil.

§ 18

Inkrafttreten

Diese Entgeltordnung tritt rückwirkend zum 01.01.2015 in Kraft.

Hohe Börde, den 04.11. 2015



Trittelt
Bürgermeisterin

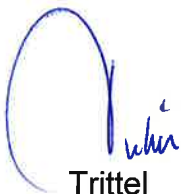


Beschluss Nr. **0490/2015** des Gemeinderates der Gemeinde Hohe Börde vom
03.11.2015

Die vorstehende Entgeltordnung der Gemeinde Hohe Börde für die Niederschlagswasserbeseitigung wird im Generalanzeiger in der „Ausgabe Haldensleben, Wolmirstedt“ öffentlich bekannt gegeben.

Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des Erscheinungstages vollendet, an der das Amtsblatt im General-Anzeiger den bekannt zu machenden Text enthält.

Hohe Börde, den 04.11.2015



Trittelt

Bürgermeisterin
Gemeinde Hohe Börde



Die o.g. Entgeltordnung der Gemeinde Hohe Börde für die Niederschlagswasserbeseitigung ist nach der Veröffentlichung am**24. NOV. 2015** dem Landkreis Börde angezeigt worden.